

Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz IV E 14
Am Köllnischen Park 3, 10179 Berlin

Geschäftszeichen (bitte angeben)
IV E 14

Herr Hötzel

Tel.: +49 30 9025-1558

Fax: +49 30 9025-1670

uwe.hoetzel@senuvk.berlin.de

post@senuvk.berlin.de

elektronische Zugangsöffnung ge-
mäß § 3a Absatz 1 VwVfG

Rungestraße 29,

Zugang: Am Köllnischen Park 3,
10179 Berlin

30. September 2021

Feststellung über das Unterbleiben einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) gemäß § 5 i.V.m. § 9 Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz (UVPG) für das Bauvorhaben „Änderung der technischen Sicherung am Bahnübergang Hobrechtsfelder Chaussee, Strecke 6500 Berlin-Karow - Basdorf, km 47,723“ im Bezirk Pankow von Berlin

Az: SenUVK IV E1 2021-0011

Antrag Niederbarnimer Eisenbahn AG nach § 18 AEG vom 22.06.2021

Verfahrensleitende Verfügung

Für das o.g. Vorhaben wird gemäß § 5 i. V. m. § 9 Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz (UVPG) festgestellt, dass keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht.

Begründung

Das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) ist gemäß § 1 Abs. 1 Nr. 1 auf alle in Anlage 1 aufgelisteten Vorhaben anzuwenden. Die Änderung der technischen Sicherung am Bahnübergang (BÜSA) Hobrechtsfelder Chaussee ist ein Änderungsvorhaben nach § 2 Abs. 4 Nr. 2 UVPG nach Maßgabe analog der Nr. 14.8.3 der Anlage 1 zum UVPG. Das Vorhaben unterliegt damit der allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls nach § 9 Abs. 3 Nr. 2 i. V. m. § 7 Abs. 1 S. 1 analog der Nr. 14.8.3 der Anlage 1 UVPG. Folglich ist zu ermitteln, ob die geplanten Änderungen erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen hervorrufen können. Sofern die geplanten Änderungen erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen hervorrufen, besteht eine UVP-Pflicht.

Das Bauvorhaben dient der Erhöhung der Sicherheit zwischen Straßen- und Eisenbahnverkehr. Es beinhaltet im Wesentlichen die Ausrüstung des bestehenden Bahnübergangs (BÜ)

mit einer neuen technischen Sicherung mit zwei Fahrbahnhalbschranken, sechs Lichtzeichen und Akustik, Bau eines Schalthauses, Herstellung der Fahrbahnen in den Einmündungsbereichen des Feldweges im II. Quadranten sowie des Wirtschaftsweges im IV. Quadranten entsprechend den Schleppkurven und Verlegung der Wiesenzufahrt im I. Quadranten aus dem 25 m Bereich des Bahnübergangs in eine Entfernung von etwa 103 m ab Gleisachse.

Im Rahmen der allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls wurde nach überschlägiger Prüfung der vorliegenden Unterlagen (Erläuterungsbericht, Pläne sowie Umwelterklärung) und unter Berücksichtigung der in Anlage 3 UVPG aufgeführten Kriterien von Amts wegen festgestellt, dass von dem Änderungsvorhaben keine entscheidungserheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen zu erwarten sind, die nach § 25 Abs. 2 UVPG zu berücksichtigen wären. Bei der Vorprüfung wurde des Weiteren berücksichtigt, inwieweit Umweltauswirkungen durch die von der Trägerin des Vorhabens vorgesehenen Vermeidungs- und Verminderungsmaßnahmen offensichtlich ausgeschlossen werden.

Die Vorhabenträgerin hat die Schutzgüter Mensch, Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt, Fläche, Boden, Klima, Luft, Landschaftsbild, Kulturelles Erbe und sonstige Schutzgüter betrachtet. Wechselwirkungen durch das Vorhaben, die zu zusätzlichen oder verstärkten nachteiligen Umweltauswirkungen führen, können ausgeschlossen werden.

Betroffen sind folgende Schutzgüter:

Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt, Fläche, Boden, Landschaftsbild nach § 2 Abs. 1 Nr. 2 und 3 UVPG.

Der Vorhabenbereich stellt für die meisten Tier- und Vogelarten einen minderwertigen Lebensraum dar (Lage des Vorhabens an bzw. auf vorhandenen Verkehrsflächen Straße und Schiene). In den vom Eingriff betroffenen Flächen und deren direktem Umfeld konnten keine geschützten oder gefährdeten Pflanzenarten sowie keine geschützten oder gefährdeten Tierarten festgestellt werden. Aufgrund der Vorbelastung des Bereichs sind für die Schutzgüter Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt keine erheblichen nachteiligen Beeinträchtigungen zu erwarten.

Durch die Baumaßnahme erfolgt ein geringfügiger Flächenverbrauch. Durch die Verlegung der Wiesenzufahrt werden ca. 40 m² Fläche mit Asphalt neuversiegelt. Für die Anpassungen der Einmündungen des Wirtschaftsweges und des Feldweges werden auf ca. 10 m² Fläche eine neue wassergebundene Schottertragschicht eingebaut. Das Aushubvolumen beträgt etwa 25 m³. Eventuell anfallende Altlasten und Bauabfälle werden fachgerecht und ordnungsgemäß entsorgt. Erhebliche Beeinträchtigungen auf die Schutzgüter Fläche und Boden sind nicht zu erwarten. Durch den Rückbau der vorhandenen Wiesenzufahrt wird naturschutzrechtlich relevant eine Fläche von etwa 40 m² entsiegelt.

Das erforderliche Baufeld zur Durchführung der Bauarbeiten geht kaum über die bestehenden Anlagen hinaus. Die Arbeiten erfolgen von den bereits vorhandenen Verkehrsflächen aus.

Die Baumaßnahme hat keine Auswirkungen auf das Schutzgut Landschaftsbild.

Das Landschaftsschutzgebiet Buch und der Naturschutzpark Barnim werden durch die Baumaßnahme (Anpassungen der Einmündungen der Zufahrten) nicht erheblich beeinträchtigt. Das Vorhaben läuft den Festsetzungen der Schutzgebiete nicht zuwider.

Das Ergebnis der Einzelfallprüfung ist nach § 5 Abs. 2 UVPG öffentlich bekannt zu machen. Die Begründung nach § 5 Abs. 2 UVPG und die der Entscheidung zu Grunde liegenden Unterlagen sind der Öffentlichkeit nach den Bestimmungen über den Zugang zu Umweltinformationen bei der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz, Dienstgebäude Rungestraße 29, Zimmer Ru 422 (Zugang über Am Köllnischen Park 3) 10179 Berlin, sowie im UVP-Portal des Landes Berlin öffentlich zugänglich. In der Zeit der Einschränkungen aufgrund der Coronapandemie kann die Einsichtnahme der schriftlichen Unterlagen derzeit nur nach vorheriger Terminvereinbarung per Telefon oder E-Mail erfolgen.

Es wird darauf hingewiesen, dass diese Feststellung gemäß § 5 Abs. 3 S. 1 UVPG nicht selbstständig anfechtbar ist.

Im Auftrag



Wanzek

Leiter der Planfeststellungsbehörde

Rechtsgrundlagen:

Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG) in der Fassung vom 27. Dezember 1993 (BGBl. I S. 2378, ber. 1994 I S. 2439), das zuletzt durch Artikel 10 des Gesetzes vom 10. September 2021 (BGBl. I S. 4147) geändert worden ist

Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 540), das durch Artikel 14 des Gesetzes vom 10. September 2021 (BGBl. I S. 4147) geändert worden ist"

